



Förderung technischer Innovation in der nachhaltigen Stadtentwicklung

Nach aktuellem Stand lebt rund die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten und urbanen Ballungsräumen. Nach einer Prognose unter anderem der Vereinten Nationen soll die Anzahl der in Städten lebenden Menschen zum Jahr 2050 sogar auf 70% ansteigen.

Mit der Bewältigung der Herausforderungen, die mit dieser Entwicklung einhergehen, widmet sich das Elfte der insgesamt 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Social Development Goals, SDG*) der Vereinten Nationen. SDG 11 fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten.

Mit Lösungsansätzen für eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung befasst sich im globalen Kontext das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (*UN HABITAT, auch Weltsiedlungsgipfel*), dessen (dritte) Gipfelkonferenz zuletzt vom 17. bis 20. Oktober 2016 im ecuadorianischen Quito tagte (*HABITAT III*). Daneben richtet UN HABITAT seit 2002 zweijährlich (mit Ausnahme von 2016) das World Urban Forum (*WUF*) aus, jüngst in Katowice, Polen.

Im Zuge von HABITAT III wurde ein Abschlussdokument verabschiedet, das einen Meilenstein der gemeinsamen globalen Anstrengung hin zu einem modernen Stadtbild entsprechend SDG 11 darstellt – die sogenannte „*New Urban Agenda*“. Dieses Aktionsprogramm fordert unter anderem:

- Mehr Mitspracherecht aller Menschen in der Stadtentwicklung,
- die Förderung neuer Technologien (zB solcher, mithilfe derer Verkehr, nachhaltige Energiegewinnung oder Kreislaufwirtschaft ökologisch und ökonomisch effizienter gestaltet werden können, Stichwort „*Smart Cities*“) und
- den gerechten Zugang aller Menschen zu diesen Technologien.

Die Mitgliedstaaten sind angehalten, zur Erfüllung dieser Forderungen ihre Investitionen in Forschungsprojekte zu erhöhen. Dabei wird auf die Möglichkeit hingewiesen, derartige wissenschaftliche Vorhaben in Kooperation mit privaten Unternehmen zu finanzieren. Indes ist die „*New Urban Agenda*“ trotz aller Fortschrittlichkeit ihrer Programmatik nicht frei von Mängeln:

- (1) Die Agenda ist zu vage formuliert – es fehlt an konkreten Vorschlägen,
- (2) sie steht für sich und ist nicht mit anderen Aktionsplänen der Vereinten Nationen verknüpft und
- (3) setzt vor allem auf Wohlstand durch wirtschaftliches Wachstum, ohne ein alternatives Modell wirtschaftlichen Wachstums in Erwägung zu ziehen.

Anforderungsniveau: Mittel.



Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Hintergrund und Grundsätzliches

Aktuelles

Abbildung 1: Langfristige Mobilitätsstrategie Wien.

Probleme und Lösungsansätze

1. Vage Forderungen.
2. Fehlender Gesamtkontext.
3. Einseitige wirtschaftliche Grundlage.

Punkte zur Diskussion

Für die Recherche / Quellenangaben

Begriffserläuterungen

Einleitung

Ein Großteil des sozioökonomischen Miteinanders spielt sich heutzutage in Städten ab. Sie sind Lebensmittelpunkt eines Großteils der Weltbevölkerung und spiegeln damit eine Vielzahl an Problemen, die wir auf nationaler wie internationaler Ebene diskutieren, in der kommunalen Ebene wider. Im Besonderen betrifft das die Bestreben der internationalen Staatengemeinschaft und Zivilgesellschaften nach einer stärkeren Gewichtung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit in Verbindung mit einem gemeinwohlorientierten Wirtschaftswachstum.

Während urbane Ballungsräume mehr als 80 % zum globalen BIP beitragen und wirtschaftlichem Wachstum Antrieb leisten, verantworten sie zugleich mehr als 70 % der globalen Treibhausgasemissionen. So können zielorientierte und gut koordinierte Entwicklungsstrategien zu Nachhaltigkeit und gesellschaftsübergreifendem Wohlergehen verhelfen, andererseits der globale Trend hin zur rasanten und übereilten Verstädterung eine Vielzahl neuer Probleme bedingen: Sei es ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum, unzureichende Infrastruktur (bspw. öffentliche Verkehrsmittel und Grundversorgungseinrichtungen), begrenzte Freiflächen und Naherholungsgebiete, gesundheitsschädliche Luftverschmutzung und ein erhöhtes Klima- und Katastrophenrisiko.

Nicht zuletzt die COVID-19-Pandemie hat sozialökonomische und -geographische Ungleichheiten offenbart, die in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, wie wichtig nachhaltige Stadtentwicklung ist.



Hintergrund und Grundsätzliches

Dass sich die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in Belangen zukunftsorientierter Stadtentwicklung konkret niederschlagen, lässt sich am besten anhand eines Beispiels verdeutlichen: Befürchten wir für die kommenden 70 Jahre einen Anstieg des Meeresspiegels um 30 Zentimeter, ist das für die Bevölkerung etwa von Amsterdam, Alexandria, Hanoi oder Shenzhen längst keine abstrakte Gefahr mehr, sondern eine existenzielle Bedrohung. Denn für die Einwohner*innen dieser Städte stellt sich die Frage, ob ihr Zuhause in 70 Jahren überhaupt noch bewohnbar sein wird. So aber, wie in urbanen Ballungszentren abstrakte Probleme greifbar werden, sind sie zugleich der Ort, an dem konkrete Lösungen entwickelt und verwirklicht werden können – und zwar über ihren geographischen Wirkungsbereich hinaus.

Aus diesem Grund widmen die Vereinten Nationen den Städten und Gemeinden ein eigenes Entwicklungsziel – SDG 11 – und erklären damit das Bestreben, Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten.

Dass dem [Wechselspiel von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit](#) ein hoher Stellenwert zukommt, ist den UN nicht seit gestern bekannt: Bereits 1987 führt die von den Vereinten Nationen beauftragte „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ das Konzept der nachhaltigen Entwicklung in den internationalen Diskurs ein. In ihrem Bericht *„Unsere gemeinsame Zukunft“* (auch *„Brundtland-Bericht“*) definiert sie eben jene als eine „[dauerhafte] Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“





MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

2015 verabschiedet die Generalversammlung dann eine Resolution, die unter der Bezeichnung „Agenda 2030“ bekannt sein dürfte (A/RES/70/1). Diese benennt 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung – die SDG –, welche bis 2030 zu erreichen die Weltgemeinschaft sich zum Vorsatz genommen hat. Ihr wohnt ein Handlungsauftrag an die internationale Staatengemeinschaft inne, binnen 15 Jahren Armut zu beenden, diesen unseren Planeten zu schützen sowie Frieden und Wohlstand all seiner Bewohner*innen zu gewährleisten.

Maßnahmen zur inklusiven, sicheren, widerstandsfähigen und nachhaltigen Gestaltung von Städten und Siedlungen beinhaltet SDG 11 – konkret:

1. Allen Menschen ist ein sicherer und bezahlbarer Zugang zu Wohnraum sowie
2. zu sicheren und nachhaltigen Verkehrsmitteln, insbesondere durch die Ausweitung des Angebots an öffentlichem Personennahverkehr, zu ermöglichen.
3. Das Zusammenleben in den Städten inklusiver und integrativer zu gestalten. Alle sollen die gleichen Möglichkeiten haben, an der Gestaltung ihrer Städte mitzuwirken.
4. Häufig sind Städte auch Kultur- oder Naturerbe. Es sollen Anstrengungen unternommen werden, damit diese Städte diesen Status wahren.
5. In Städten leben viele Menschen auf engem Raum, daher sind hier Naturkatastrophen eine besondere Gefahr. Vor diesen sollen Städte in Zukunft besser geschützt sein – auch, um die wirtschaftlichen Konsequenzen von Naturkatastrophen zu begrenzen.
6. Weil Städte nicht nur Wohn-, sondern auch Arbeitsort vieler Menschen sind, konzentrieren sich hier Industrie und Wirtschaft. Obgleich sie Arbeitsplätze bieten, sorgen sie für Umweltverschmutzung. Daher ist die Luftqualität in Städten zu verbessern.
7. Ein Weg, dies zu erreichen, ist unter anderem die Mehrung von Grünflächen. Diese sollen ausgebaut und allen Menschen zugänglich gemacht werden.
8. Dabei gilt es zu betonen, dass die genannten Ziele zwar besonders für Städte relevant sind – aber eben nicht nur. Daraus folgt ein weiteres Ziel, auch in der Entwicklungsplanung eine Verbindung zum stadtnahen und ländlichen Raum herzustellen.
9. Klar ist, dass nicht alle Staaten in gleicher Weise über Mittel verfügen, auf das Erreichen der Proklamation des SDG 11 hinzuwirken. Aus diesem Grund sind wohlhabende Nationen angehalten, weniger entwickelte Staaten bei der Umsetzung zu unterstützen.



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Bestimmungen des SDG 11 können nicht isoliert betrachtet werden – sie sind in einer Gesamtbetrachtung der „Agenda 2030“ zu würdigen. Besonders relevant ist die Verbindung zu SDG 9 – Industrie, Innovation und Infrastruktur. Dieses fordert den Aufbau einer widerstandsfähigen Infrastruktur, die Förderung einer integrativen und nachhaltigen Industrialisierung sowie von Innovationen, die hierzu beitragen.

Städte sind oft Zentren der Infrastrukturversorgung. Der derzeitige Zustand der Infrastruktur ist in vielen Teilen der Welt unzureichend, ineffizient oder veraltet. Die Weltbank schätzt, dass die [globale Infrastrukturlücke](#) – das heißt der Unterschied zwischen dem, was finanziert werden müsste, und wie viel Geld tatsächlich zur Verfügung steht – etwa eine Milliarde US-Dollar pro Jahr beträgt. Auch, weil Infrastruktur etwa 70 % der globalen Gesamtemissionen verursacht, ist die Bestärkung an Nachhaltigkeit ausgerichteter Innovation für Städte nicht minder von Bedeutung.

Aktuelles

Die Vereinten Nationen haben die Bedeutung von Städten längst anerkannt. Bereits dreimal fand der UN HABITAT Gipfel statt, auf dem sich die internationale Staatengemeinschaft mit Themen wie Landflucht und Wohnungsnot beschäftigte, zuletzt 2016 in Quito, Ecuador statt. Im Zuge dessen wurde die „[New Urban Agenda](#)“ verabschiedet, die der Frage gewidmet ist, wie widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige, gemeinwohlorientierte Städte zu entwickeln sind.

Ein möglicher Ansatz ist, die Entwicklung in Sektoren wie Energie, Wasser, Wohnen, Gesundheit und Bildung nicht mehr getrennt voneinander zu verfolgen. Stattdessen seien diese Bereiche in ihrem Zusammenspiel zu betrachten und fortzuentwickeln. Dabei sollte den Städtebewohner*innen ein größeres Mitspracherecht eingeräumt werden. Kommunen sind angehalten, an ihren städteplanerischen Entscheidungsfindungsprozessen auch Randgruppen teilhaben zu lassen.

Eine zentrale Forderung der „New Urban Agenda“, auf die die Delegierten der KWT ein besonderes Augenmerk richten sollten, ist die nach einer verstärkten Nutzung neuer Technologien und Innovationen. Bedeutsam sind hierbei die Themen „Smart Cities“, Zugang zu technologischen Ressourcen, Aufbau von Kapazitäten und öffentlich-private Partnerschaften.

Smart Cities sind Städte, die Technologien nutzen, um Effizienz, Nachhaltigkeit und Lebensqualität zu verbessern. So kann digitale Vernetzung dabei helfen, den Verkehr zu regulieren, wohingegen ein schlecht koordinierter (Stadt-) Verkehr erheblich zu einer schlechten Luftqualität beiträgt.

Ein anderes Beispiel ist die Energieversorgung: Auch hier kann digitale Vernetzung die Effizienz verbessern. Deshalb unterstreicht die „New Urban Agenda“ den Einsatz von Technologien zur Schaffung intelligenter, integrativer und widerstandsfähiger Städte.

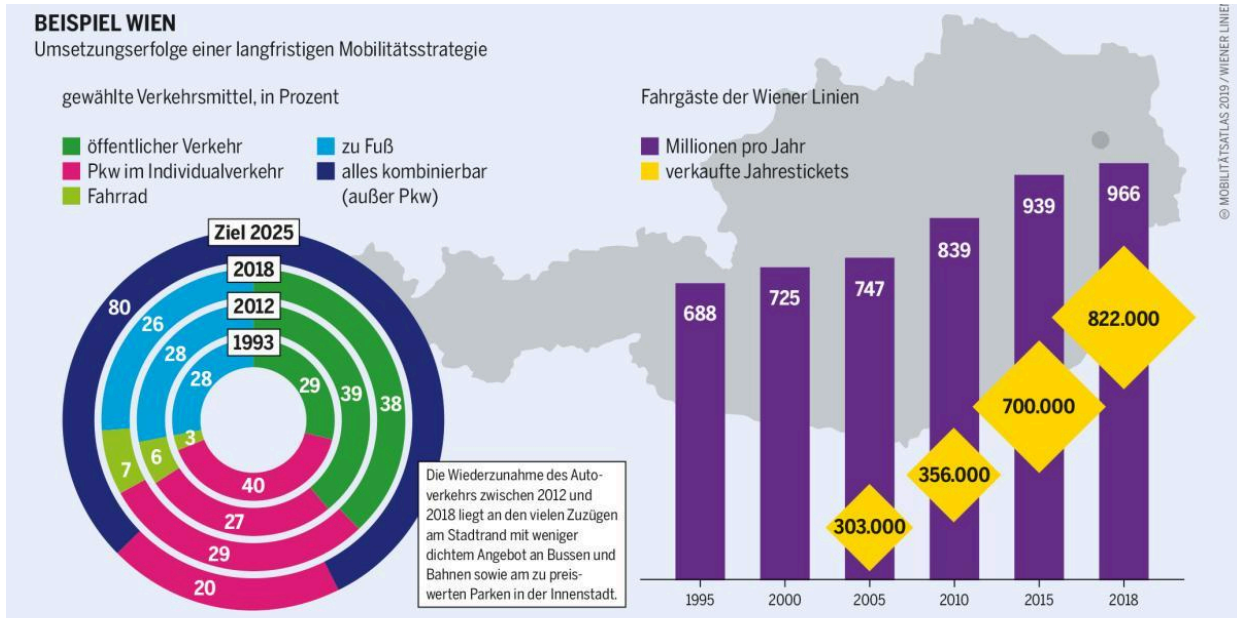


Abbildung 1: Langfristige Mobilitätsstrategie Wien.

Neue Technologien schaffen großes Potenzial für positive Veränderung. Doch stellt sich die Frage, wem der **Zugang zu technologischen Ressourcen** tatsächlich offensteht, denn seine Verteilung ist eine Ungleiche. Wenn Smart Cities zwar einen Teil unserer Probleme lösen, diese Lösung aber nur einem geringen Anteil an Menschen zur Verfügung steht, ist der positive Effekt dieser Technologie im Gesamten gering. Sonach ist es wichtig, möglichst vielen Menschen den technologischen Fortschritt zugute kommen zu lassen. Deswegen fordert die „New Urban Agenda“, die sogenannte „digitale Kluft“ zu überwinden und sicherzustellen, dass technische Innovation ihre Vorteile unabhängig vom sozioökonomischen Status entfalten kann.

Voraussetzung dessen ist der flächendeckende Ausbau technologischer Kapazitäten im urbanen wie ländlichen Raum. Dem verschriebene Forschungsprojekte und -vorhaben sollen gefördert werden und möglichst viele von den so gewonnenen Erkenntnissen profitieren.

Partnerschaften des öffentlichen und privaten Sektors sind ein Mechanismus zur Erleichterung der Umsetzung innovativer Lösungen in Bereichen wie Verkehr, Wohnungsbau und Infrastruktur. Öffentlich-private Partnerschaften – das sind Kooperationen staatlicher Institutionen mit privaten Unternehmen – sollen gefördert werden, um Ressourcen, Fachwissen und Innovation bei der Stadtplanung und -entwicklung effektiv umzusetzen.



Probleme und Lösungsansätze

Festzuhalten ist, dass das Thema der nachhaltigen Stadtentwicklung ein dringliches ist, die Ambitionen hoch. Herausforderungen stellen sich besonders in den Bereichen Wohnraum, Verkehr, Energiemanagement, Kreislaufwirtschaft, Grünflächen und Luftqualität sowie soziale Teilhabe.

All diese Punkte versucht die „New Urban Agenda“ zu adressieren. Sie betont die Notwendigkeit, bei der Evaluation und Verbesserung herkömmlicher Stadtplanung alle sozioökonomischen und sozialgeographischen Personengruppen gleichauf zu berücksichtigen. Und doch entbehrt sie aus Sicht von Wissenschaft und Zivilgesellschaft nicht jeder Kritik:

1. Vage Forderungen.

Im Laufe der Verhandlungen wurden viele Formulierungen in Bezug auf die Überwindung von Ungleichheiten verwässert. So mangelt es an klar formulierten und messbaren Zielen und Vorgaben. Beispielsweise ist die regelmäßige Überprüfung der Umsetzung der „New Urban Agenda“ wenig detailreich, umso zurückhaltender formuliert – obgleich das Dokument ohnehin völkerrechtlich nicht bindend ist. Im Ergebnis sind selbst diese freiwilligen Absichtserklärungen vage formuliert, sodass ihre Schlagkraft von einigen in Frage gestellt wird.

2. Fehlender Gesamtkontext.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die „New Urban Agenda“ nach ihrem Wortlaut kam an andere UN-Programme und -Erklärungen anknüpft, während etwa die Erklärungen von Vancouver (1976) oder Istanbul (1996) ein hervorragender Bezugspunkt gewesen wären. Beide ihr vorangehende Programme umfassten bereits viele der von ihr für relevant befundenen Aspekte nachhaltiger Stadtentwicklung. Auch kritisieren Expert*innen die mehr beiläufige Herstellung eines Zusammenhangs zu den übrigen 16 SDG.

Der Grund für diesen Missstand schien in den schwierigen Verhandlungen zu liegen, die sie vor ihrer Verabschiedung durchlaufen musste. Aus Sicht einiger Staaten, bspw. Russland und China, waren die vorangehenden Erklärungen zu ambitioniert, machten zu konkrete Vorgaben und griffen zu weitreichend in nationale Kompetenzen ein. Die Staaten wünschten sich mehr Souveränität in der Stadtentwicklung, welche sie als vor allem nationalen Belang begriffen. So seien die politischen und legislativen Gegebenheiten in den Einzelstaaten zu unterschiedlich, um global einheitliche Vorgaben zu erlauben. Auch könne nicht jeder Staat die gleichen Ressourcen aufbringen.

3. Einseitige wirtschaftliche Grundlage.

Der wohl heikelste Punkt ist der Streit um die wirtschaftlichen Grundannahmen der „New Urban Agenda“. Einige Kritiker*innen bemängeln, dass sie sich auf die Wirtschaftslogik beschränke, Wachstum sei der alleinige Garant für Entwicklung und Wohlstand. Dabei blieben



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

Entwicklungsmodelle außer Betracht, die die sozialökonomische Komponente gesellschaftlichen Fortschritts gewichteten.

UN HABITAT arbeitet eng mit „Cities Alliances“ zusammen, einer Tochterinitiative der Weltbank. Die Weltbank übernimmt langfristige Finanzierungen von Entwicklungsprojekten. Sie setzt bei ihrer Arbeit sehr auf Wirtschaftswachstum und die Bewertung ihrer Projekte anhand wirtschaftlicher Indikatoren. Dies wird seit einigen Jahren zunehmend lautstark kritisiert, da sich so zu wenig auf Menschen konzentriert, soziale und gesundheitliche Faktoren hingegen vernachlässigt würde.

Weiterhin warne die „New Urban Agenda“ zu wenig vor der Einflussnahme privater Wirtschaftsinteressen, befürworte vielmehr die Zusammenarbeit mit privaten Investor*innen. Hinter diesem Kritikpunkt steckt die Sorge, dass private Investor*innen mehr an ihrem Eigenwohl als am Gemeinwohl interessiert sein könnten. Vor allem, wenn Investitionen aus dem Ausland kämen, profitiere am Ende nicht die eigene Bevölkerung. Dem entgegen steht die Einschätzung, ohne private Investitionen sei nicht genügend Geld vorhanden, um Städte und Siedlungen umzugestalten.

Es zeigt sich, dass auch bei diesem Thema die Interessen wie so oft widerstreiten. Einig ist man sich indes im Ziel: Städte müssen nachhaltiger gestaltet werden und neue Technologien können bei dieser Aufgabe helfen. Wiederum sind dabei Zugänglichkeits- und Verteilungsgefälle zu überwinden. Auch ist man sich uneins darüber, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Helfen strikte internationale Vorgaben oder sollte man den Staaten die sie betreffenden Regelungen lieber selbst überlassen? Hilft ein Fokus auf wirtschaftliches Wachstum oder bleiben damit wichtige Aspekte einer zukunftsorientierten Entwicklung auf der Strecke? Und schließlich – sind private Investitionen eine gute Möglichkeit, um an dringend benötigtes Geld zu kommen, oder dienen sie letztlich den Interessen einzelner und nicht dem Gemeinwohl?

Punkte zur Diskussion

- Wie lassen sich die Vorgaben der „New Urban Agenda“ konkreter formulieren? Welche Maßnahmen können dabei helfen, die Zielsetzungen aus SDG 11 umzusetzen? Ist ein Vorschlag konkreter Maßnahmen von den Staaten überhaupt gewünscht?
- Ist es notwendig, aktuelle Bestrebungen im Rahmen der „New Urban Agenda“ mit anderen UN-Programmen und -Erklärungen in Zusammenhang zu bringen? Was sind Vor- und Nachteile einer Verknüpfung und wie positioniert sich Ihr Staat / Ihre Organisation dazu?
- Welche Idee von Wachstum verfolgt Ihr Staat / Ihre Organisation? Geht es Ihnen allein um wirtschaftliche Faktoren oder befürworten Sie ein anderes Konzept von Wachstum?
- Welche Rolle sollen privat-öffentliche Partnerschaften spielen? Was sind die Vorteile, was die Gefahren und wie steht Ihr Staat / Ihre Organisation dazu?



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Welche Technologien sollen besonders gefördert werden, um dem Ziel nachhaltiger Stadtentwicklung näherzukommen? Welche Chancen und Risiken birgen diese Technologien?
- Wie können (nachhaltige) Technologien und Innovation möglichst allen Menschen zugänglich gemacht werden und wie ist mit einem ungleichen Zugang umzugehen?

Für die Recherche / Quellenangaben

Hinweis: Die Fundstellen sind jeweils verlinkt.

- Deutscher Text der Agenda 2030, in der die SDGs definiert werden. Am Anfang werden in der Präambel auch die Motivation und einige grundlegende Prinzipien erklärt.
- Webseite des Sustainable Development Reports, der von einer unabhängigen Gruppe von Wissenschaftler*innen herausgegeben wird. Hier finden sich ausführliche Daten für (fast) alle Staaten über ihre SDG-Erreichung. Schauen Sie sich unbedingt die Daten zu Ihrem Staat an!
- Bericht des Generalsekretärs über den Fortschritt bei der Erreichung der SDG, 2023 (engl.).
- Die SDG einfach erklärt (Webseite des UN-Kinderhilfswerks Unicef).
- Dossier der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zu Nachhaltigkeit und Demokratie im Lichte von SDG 11.
- Das deutsche Bundesumweltamt zur „New Urban Agenda“.
- Smart Cities, Deutsches Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.
- Für aktuelle transnationale Projekte siehe Website des Internationalen Smart Cities Netzwerkes ISCN (Kernmitgliedstaaten: Brasilien, Mexiko, Peru, Indien, Deutschland).
- UN-Bericht zu den SDG – „Sustainable Development Report“, 2023 (englisch).
- Die Agenda-2030-Themenseite des deutschen Ministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ).
- Aktueller Artikel des BMZ zur Halbzeitbilanz der SDG: Ernüchternde Halbzeitbilanz (BMZ).
- BMZ-Übersichtsseite zum Globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken.



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Der oben erwähnte Text zu Wirtschaftswachstum und ökologischen Grenzen auf der Seite des MUNBW-Trägervereins DMUN e.V.
- Bundeszentrale für politische Bildung, Kurz und Knapp, Politiklexikon zum Begriff der „Stadt“.
- Bildquelle (S. 3): What's Going On Qatar, Ashghal Wins „Government Sustainability Initiative“ Award from Qatar Green Building Council, 8. März 2020.
- Bildquelle (Abb. 1, S. 6): Heinrich-Böll-Stiftung, Mobilitätsatlas 2019 – Wiener Linien.

Begriffserläuterungen

- Stadt: Nach politikwissenschaftlichem Verständnis bezeichnet der Begriff „Stadt“ ein geschlossenes Siedlungsgebiet mit hoher Bebauungsdichte und Bevölkerungszahl, das eine entwickelte Sozialstruktur und Arbeitsteilung aufweist und aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen (auch religiösen) Bedeutung eine gewisse Orientierungsfunktion für das Umland einnimmt.
- Bruttoinlandsprodukt: Das Bruttoinlandsprodukt beschreibt die Wirtschaftsleistung eines Landes, indem es in Geld berechnet, wie viele Waren und Dienstleistungen innerhalb der Landesgrenzen erwirtschaftet wurden.
- Ökologische Grenzen des Planeten: Die sogenannten planetaren Grenzen sind eine naturwissenschaftliche Beschreibung von absoluten Grenzen unseres Erdsystems. Unter anderem die Klimakrisis und die schwindende Biodiversität sind Teil dieser Grenzen.
- Sektor: Ein Wirtschaftssektor beschreibt eine bestimmte Branche und die darin vertretenen Unternehmen, Güter und auch öffentliche Akteure. So könnte man beispielsweise vom Gesundheitssektor oder vom Automobilsektor sprechen.
- Wirtschaftswachstum: Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eines Staates pro Jahr. Wirtschaftswachstum ist ein erklärtes politisches Ziel nahezu aller Staaten der Welt. Es wird in der Volkswirtschaftslehre zunehmend vertreten, dass das unbegrenzte Erstreben eines steigenden Wirtschaftswachstums mit ökologischen Grenzen desselben unvereinbar ist.
- Wohlbefinden: Wohlbefinden beschreibt, wie gut es Menschen geht. Es kann auf verschiedenste Arten und Weisen gemessen werden, zum Beispiel mit dem Human Development Index, der verschiedene Indikatoren kombiniert. Wohlbefinden wird oft mit der Wirtschaftsleistung gleichgesetzt. Es hat sich jedoch gezeigt, dass dies nur in einem begrenzten Maße stimmt.